

SOWJETZONE

Zur Wirtschaftslage der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Herbst 1957

Eines der einschneidendsten Ereignisse im Wirtschaftsleben der SBZ der letzten Zeit war der Umtausch aller Banknoten der „Deutschen Notenbank“ Ost-Berlin. Am Morgen des 13. Oktober ist in Ost-Berlin und in der Zone ganz überraschend bekanntgegeben worden, daß alle in Umlauf befindlichen Ost-Banknoten umgetauscht werden müßten, wobei dem einzelnen eine Kopfquote bis zu 300 DM sofort ausgehändigt und jeder 300 DM übersteigende Betrag auf seine rechtmäßige Erwerbung überprüft würde. Der Umtausch begann meist erst am Mittag des Sonntags, in mehreren Orten sogar noch später. Bewaffnete Einheiten der Volkspolizei, der Betriebskampfgruppen — des Volkssturms neuer Art — und der sogenannten Nationalen Volksarmee sicherten den Ablauf der Aktion gegen Einflüsse, die Pankow offenbar befürchtet hatte, die aber nicht wirksam wurden. Die Neigung zur Kritik und die Lösung von inneren Hemmungen ist bei dem einzelnen immer dann besonders groß, wenn er in größeren Gruppen auftritt, wie das am 13. Oktober zwangsläufig der Fall war, aber eine Gefährdung der Staatsgewalt war wirklich nicht gegeben. Spaßvögel unter den Kritikern in den wartenden Menschengruppen brachten die Umtauschaktion mit den Kosten für „Sputnik“ oder den 40. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution in Verbindung. Immerhin ist die Feststellung interessant, daß die Zonenregierung mit Widerstand gerechnet haben muß. Dafür sprach auch die verhängte allgemeine Nachrichtensperre.

Die Währung Mitteldeutschlands stand vor dem Geldumtausch zum letzten Male anläßlich ihrer „Vergoldung“ am 28. Oktober 1953 im internationalen Interesse. Damals hieß es, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die wiederholten Preissenkungen für Konsumgüter „zu einer bedeutenden Erhöhung der Kaufkraft der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank im Inland und im internationalen Maßstab“ geführt hätten, so daß es nunmehr möglich und notwendig sei, den Goldgehalt der DM/Ost entsprechend ihrer Kaufkraft festzusetzen. Die Ostmark wurde damals zur höchst bewerteten Währung des Ostblocks. Nimmt man ihren fiktiven Goldgehalt von 0,399 902 Gramm als Berechnungsbasis, so wäre damals die Ostmark fast doppelt soviel wert gewesen wie die Westmark. Natürlich konnte sich dieser Märchengoldgehalt international nicht auswirken; denn

die Ostmark war und ist eine reine Binnenwährung. Lediglich im Ostblock selber diente der Goldgehalt als Verrechnungsbasis des Außenhandels.

Seit damals hat die Zone nach den amtlichen Angaben eine sehr günstige Wirtschaftsentwicklung durchlaufen. Noch Ende 1955 betonte der Finanzminister, daß die Ostmark eine der stabilsten Währungen sei; denn ihr Umlauf an Bargeld sei konstant geblieben, während beispielsweise die Westmark ständig an Wert verliere. Diesem sehr vorlauten Finanzminister war es ganz entfallen, daß der Rubel in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg mehrere Währungsreformen über sich ergehen lassen mußte. Dieses Vorbild hätte ihn schrecken müssen. Wenn er sich darüber hinaus Gedanken über das steigende Mißverhältnis von Kaufkraftversorgung und Warenversorgung in der SBZ gemacht hätte, dann wäre er mit seinen Äußerungen über die Stabilität der Ostmark sicherlich zurückhaltender gewesen.

*

Es ist in diesem Zusammenhang sinnvoll, sich die Entwicklung des Bargeldumlaufs in der SBZ vom Beginn der langfristigen Wirtschaftsplanung an ins Gedächtnis zurückzurufen. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß das Bargeld in der SBZ nicht die gleichen Funktionen zu erfüllen hat wie z. B. in der Bundesrepublik. In der Zone darf Bargeld im Bereiche der Wirtschaft von allen Unternehmungen, staatlichen Dienststellen und Anstalten, selbständigen Gewerbetreibenden und allen zur Führung eines Bankkontos verpflichteten Wirtschaftspersonen nur im Einzelfalle bis zu einem Betrage von 50 DM ausgegeben werden, soweit es sich nicht um die Zahlung von persönlichen Bezügen — also Löhnen, Gehältern, Renten, Prämien, Stipendien usw. — handelt. Alle anderen Geldbewegungen dürfen nur auf dem Kontenwege vor sich gehen. Der Lohn- und Gehaltsempfänger ist dagegen nicht zur Führung eines Kontos verpflichtet, der Rentner natürlich schon gar nicht. Dieser Personenkreis durfte theoretisch so viel Bargeld besitzen, wie er wollte. Allerdings sind bei der Auszahlung von hohen Lotto- und Totogewinnen in der Zone den einzelnen Empfangsberechtigten des öfteren Schwierigkeiten gemacht worden.

In den Jahren 1950 bis 1952 hatte der Bargeldumlauf in der SBZ einen durchaus gleichartigen Verlauf. Er sank vom Jahresbeginn bis zur Jahresmitte ab und stieg dann wieder an, wobei die „Weihnachtsspitze“ — Mitte Dezember — den jeweiligen Jahreshöchststand ergab. In diesem Zeitabschnitt lag er nur in dieser Spitze über einem Betrag von 3,6 Milliarden D-Mark, während der gesamte Bargeldbestand — also einschließlich aller Bankenreserven — seit der Währungsreform vom Juni 1948 mit 4169 Millionen DM konstant gehalten wurde.

Vom November 1953 an ist offensichtlich der Bestand an Banknoten erhöht worden; denn in den zehntägig veröffentlichten Ausweisen der Notenbank der SBZ findet sich seit damals keine Angabe mehr über die Gesamtsumme an Bargeld. Daß diese Bargeldvermehrung notwendig wurde, spiegelte schon die Umlaufkurve des Jahres 1953 wider, die im Gegensatz zu den Jahren vorher zu Jahresbeginn stark angestiegen und in ihrer Weihnachtsspitze nur noch knapp unter der 4-Milliarden-Grenze geblieben war. Das Jahr 1954 brachte dann auch als Folge der vom Staat betriebenen Bargeldvermehrung und im Zusammenhang mit den Maßnahmen des „neuen Kurses“ eine ganz ungewöhnliche Steigerung des Umlaufs von 3,8 Milliarden am Anfang bis auf einen Betrag von über 4,7 Milliarden DM kurz vor Ende des Jahres. Im Jahre 1955 ist versucht worden, diese Entwicklung zu bremsen und den Umlauf auf diesem Niveau zu stabilisieren. Das ist bis zur Jahresmitte 1956 auch gelungen. Dann aber setzte erneut eine so starke Aufblähung des Bargeldbestandes ein, daß der Umlauf von 4,7 Milliarden DM im Sommer 1956 bis zum Herbst 1957 auf über 5,7 Milliarden DM anstieg.

Schon am Anfang des Jahres 1957 waren Gerüchte über einen Geldumtausch zu hören gewesen, die sich aber nicht bewahrheiteten. Möglicherweise war damals bewußt ein solches Gerücht in Umlauf gesetzt worden, um die Gemüter durch die Tatsache, daß dieses Gerücht sich dann als falsch erwies, zu beruhigen und in Sicherheit zu wiegen. Es könnte jedoch auch anders gewesen sein; denn die neu ausgegebenen Banknoten haben als Aufdruck die Jahreszahl 1955.

*

Nun war es also soweit. Am 13. Oktober kam der von den westlichen Finanzexperten schon lange als unvermeidlich angesehene Versuch der Zonenregierung, die Geldsituation in der SBZ wieder in Ordnung zu bringen. Eine Abwertung in Form eines Währungsschnittes kam aus politischen Gründen von vornherein nicht in Betracht. So blieb nur ein Geldumtausch mit niedriger Kopfquote und strengen Kontrollbestimmungen. Die Tatsache, daß Pankow eine so unpopuläre Maßnahme wie diesen jeden Bürger zur Offenbarung zwingenden Geldumtausch in einer Zeit durchführte, in der man sich nach *Ulbrichts* Erklärungen in einem „friedlichen, wirtschaftlichen Wettbewerb“ mit der Bundesrepublik messen wollte, beweist, welches Gewicht das Problem des ständig steigenden Kaufkraftüberhangs und das Problem der Geldhortung außerhalb des staatlichen Bankenapparates in den Augen der Planungsfunktionäre gewonnen haben mußte — beides Probleme aber, die ex definitione in einer totalen Staatsplanwirtschaft gar nicht auftreten dürften. Hier zeigte sich drastisch, daß mitunter

die wirtschaftliche Realität stärker ist als die schönste Theorie. Das durfte offiziell natürlich nicht zugegeben werden. Außerdem sollte der Umtauschaktion möglichst jede Spitze gegen die mitteldeutsche Bevölkerung genommen werden, indem als ihr Ziel angegeben wurde, daß sie sich nur gegen die in West-Berlin und in Westdeutschland angesammelten Ostmarkbestände richten sollte.

Diese Argumentation hätte für einen Geldumtausch in Ost-Berlin zur Not glaubhaft klingen können, keinesfalls aber für den in der Zone. Wäre sie zutreffend gewesen, dann hätte bei Vorzeigen des zonalen Personalausweises ja das Bargeld ohne die Begrenzung durch Kopfquoten umgetauscht werden können. Auch die Nachprüfung der Berechtigung von Bargeldbesitz bei all denen, die nicht zur Führung eines Kontos verpflichtet sind, hätte dann unterbleiben können. Wie sehr man aber an dieser These eines Schlages gegen die westlichen Ostmarkbesitzer festhielt, zeigte sich an der Erklärung von *Ulbricht*, daß durch die Verhinderung des Umtausches dieser im Westen stationierten Gelder eine Summe von 600 Millionen Ostmark vernichtet worden sei. Wir können *Ulbricht* beruhigen. Diese Summe ist viel zu hoch; denn so wertvoll war die Ostmark nun wieder auch nicht, als daß sie in solchen Mengen im Westen gehortet worden wäre.

Der jetzige Finanzminister der SBZ, *Rumpf*, wird selber wissen, was er von *Ulbrichts* Erzählungen zu halten hat. Tatsache ist, daß seit vielen Jahren die in Bargeld ausgezahlten Arbeits- und Sozialeinkommen nicht in dem geplanten Umfang und Tempo wieder in die Staatskassen zurückgeflossen sind, weil das Warenangebot zu gering war und sonstige Möglichkeiten zum Geldausgeben ebenfalls nicht ausreichten. Daneben hat mancher im Wirtschaftsprozeß Stehende und den strengen, seinen Bargeldbesitz einschränkenden Bestimmungen des Staates Unterworfenen aus möglicherweise unversteuerten Umsätzen und aus anderen Gelegenheiten, die sich ihm als Privatmann im ständigen Kampf gegen die staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen einfach oft als eine Art Notwehr anboten, ganz achtbare Bargeldbeträge zu Hause gehortet. Auch diejenigen, die eine Flucht nach dem Westen vorbereiteten, sammelten gewöhnlich vorher etwas Bargeld an. Zu ihnen kamen noch die hinzu, die deswegen einen größeren Barbetrag bei sich behielten, weil sie — wenn es in der HO wirklich einmal etwas Wertvolles zu kaufen gab, woran sie speziell interessiert waren — in der Lage sein wollten, schnell als Käufer handeln zu können. Wenn sie nicht sofort kauften, dann war gewöhnlich die betreffende Ware nach kurzer Zeit nicht mehr zu haben.

Durch all diese Maßnahmen der selbständigen und unselbständigen Einkommenbezieher der SBZ wuchs der Kaufkraftüberhang bei der

Bevölkerung ständig. So war der Staat gezwungen, als Ersatz für das nicht in seine Kasse zurückfließende Bargeld, das er ja immer wieder zum Auszahlen der Arbeits- und Sozial-einkommen benötigt hätte, neues Bargeld zusätzlich in Umlauf zu setzen. Die Angestellten in den Ostberliner Ministerien haben sich nicht von ungefähr so oft über die nagelneuen Geldscheine gewundert, die sie am Gehaltszahltag erhielten. Die Versuche der staatlichen Instanzen, die Gehälter auf dem Buchwege auszu zahlen — also durch eine Gutschrift auf einem Gehaltskonto —, konnten die Aufblähung des Bargeldvolumens kaum dämpfen; denn diese Beträge wurden meist sehr schnell vom Konto abgehoben und damit wieder in Bargeld verwandelt.

Auch die für die gewerbliche Wirtschaft gültigen scharfen Bestimmungen über die Einschränkung des in ihrem Bereich sich vollziehenden Bargeldumschlages haben offensichtlich nicht die geplante Wirkung gehabt. So nahm der Bargeldbestand ständig zu und erreichte schließlich zusammen mit den sehr spärlichen Kassenbeständen des Bankenapparates (im Durchschnitt 160 bis 170 Millionen DM) und dem Emissionsfonds der Notenbank einen Betrag von insgesamt rund 6 Milliarden DM gegenüber 4,169 Milliarden DM im Juni 1948.

In welchem Umfange das Bargeldvolumen durch die Umtauschaktion beschnitten worden ist, läßt sich noch nicht genau sagen, weil a) die Bargeldprüfungen noch längst nicht abgeschlossen sind und b) die Summe des in der SBZ und im Westen gehorteten und nicht zum Umtausch angebotenen Geldes erst nach Abschluß der Überprüfungen als Differenzgröße zum bisherigen Umlauf ermittelt werden kann. Sind dies zusammen wirklich 600 Millionen DM, wie Ulbricht nur für das im Westen befindliche Ostgeld bekanntgegeben hat, dann wären etwa 10 vH des bisherigen Bestandes an Bargeld als vernichtet anzusehen.

Das Geld, das bei den Kontrollen als nicht rechtmäßig erworben beschlagnahmt wird, hätte ebenfalls vernichtet werden müssen, wenn die angeblich erwünschte antiinflationistische Wirkung der Geldreduzierung so weit wie möglich hätte erreicht werden sollen. Dies geschah jedoch nicht. Diese Gelder sollen zugunsten des „Nationalen Aufbauwerkes“ konfisziert, also als zusätzliche Haushaltsmittel gewonnen und für Investitionszwecke ausgegeben werden. Der Staat brauchte also Geld und raubte es den „bisherigen Eigentümern, die ja ohnehin einer viel stärkeren Steuerbelastung unterworfen sind als die Steuerzahler in Westdeutschland. Das ist wirklich sehr human und stärkt die Liebe zum Staat. Außerdem haben solche „sozialistischen Errungenschaften“ eine ungemein werbende Wirkung auf den Westen.

Das zeigte sich besonders in West-Berlin. Verständlicherweise haben am 13. Oktober alle diejenigen, die in West-Berlin Ostmarkbeträge liegen hatten, darunter waren übrigens auch Einwohner Ost-Berlins und der Zone, versucht, diese Gelder auf irgendeine Weise in Ost-Berlin mit umzutauschen. Hiergegen richteten sich die rigorosen Kontrollmaßnahmen der Ostpolizei an den Sektorengrenzen in Berlin. Nur sehr wenigen Umtauschwilligen dürfte es geglückt sein, die Leibesvisitationen und die anderen Hindernisse zu überwinden. Diese Kontrollen wurden auch nach dem Umtausch beibehalten, weil nun verhindert werden sollte, daß auch nur eine neue Ostmark in den Westen abfließen konnte. Nach wenigen Tagen meldete Pankow schon die Beschlagnahme von einer Million Ostmark, die man Schiebern und Spekulanten abgenommen hätte, die mit diesem Geld ia nur die westlichen „Spionagezentralen“ hätten finanzieren wollen. Kürzlich ist in der SBZ eine langjährige Freiheitsstrafe gegen einen Bürger verhängt worden, weil er von einem Totogewinn 17 000 Ostmark in West-Berlin umgetauscht und damit ebenfalls den „Spionagezentralen“ in die Hand gearbeitet habe.

Es wird geflissentlich übersehen, daß der Mangel an hochwertigen Konsumgütern in der SBZ sehr viele Bewohner der Zone zum Einkauf in West-Berlin zwingt. Der dabei zu tragende Kursverlust wird ja nicht aus Spaß in Kauf genommen, sondern nur wegen einer Notlage hinsichtlich der Versorgung. Ob sie dadurch beseitigt werden kann, daß man jetzt krampfhaft versucht, die Betriebe der Produktionsgüterindustrien zur Herstellung von Massenbedarfsgütern zu veranlassen, weil man ja im Hinblick auf Weihnachten irgend etwas tun muß, das muß leider bezweifelt werden.

Welchen Erfolg hat aber nun diese unpopuläre Geldumtauschaktion gehabt? Sind die Wurzeln der staatsplanwirtschaftlichen Krankheiten „Kaufkraftüberhang“ und „private Bargeldhortung“ wirklich beseitigt? Die Antwort kann nur negativ sein. Das Angebot an Konsumgütern, Diensten und für den Verbraucher interessanten Möglichkeiten zum Geldausgeben wird in der SBZ nach den staatlichen Wirtschaftsdirektiven auch in Zukunft sehr viel langsamer zunehmen als die auf der anderen Seite dieser Bilanz aus Einkommen aller Art entstehende Kaufkraft. Den Saldo dieser Bilanz bildet der Kaufkraftüberhang. Auch die Neigung zur privaten Geldhortung bei der Verbraucherschaft zugunsten des Sparens einzuschränken oder gar zu beseitigen, dürfte der zonalen Wirtschaftsführung nur sehr schwer möglich sein. Mitte November hatte die Notenbank in Ost-Berlin noch keinen Ausweis über den Bargeldumlauf nach dem 13. Oktober — also für den 20. Oktober — veröffentlicht. Sollten diese Dekaden-

ausweise wieder erscheinen und korrekt sein, so werden wir sicherlich schon nach einiger Zeit ein erneutes Ansteigen des Umlaufs in der SBZ beobachten können.

*

An dieser Stelle ist kürzlich über die im Frühsommer dieses Jahres eingeleiteten Organisations- und Strukturänderungen im Wirtschafts- und Staatsapparat der SBZ berichtet worden. Die damals als letzte Weisheit gefundene Lösung ist nun nach kurzer Zeit wieder über den Haufen geworfen worden.

Seit Jahren wird den Menschen im Machtbereich des Ostblocks die These eingetrichtert, daß nur die Wirtschaftsordnung der Sowjets eine wissenschaftlich fundierte Ordnung sei, in der es keine Krisen und Fehler geben könne. Seit 1928/29 haben die Sowjets Erfahrungen auf dem Gebiet langfristiger Staatsplanwirtschaft gesammelt. Seit 1949 gilt das auch für Pankow. Wie kann es aber bei so günstigen Voraussetzungen dazu kommen, daß in der SBZ in immer kürzeren Zeitabschnitten die Wirtschaftsverwaltung starken organisatorischen Änderungen unterworfen wird?

Noch im Frühling dieses Jahres wurde in einem ideologischen Eiertanz zwischen „Demokratisierung“ und Dezentralisierung auf der einen und zentralistisch straffer Lenkung auf der anderen Seite ein allmächtiger Wirtschaftsrat unter *Leuschner* ins Leben gerufen, dem die „Führungselite“ aller zentralen Wirtschaftsinstanzen angehören sollte. Trotz aller Vor-schußlorbeeren scheint sich diese Maßnahme nicht bewährt zu haben. Das ZK der SED will jetzt eine noch engere Angleichung an die sowjetischen Organisationsformen — und das in einer Periode stärkster volkswirtschaftlicher Spannungen und Schwierigkeiten.

Die im Jahre 1956 mit großem Propaganda-aufwand verkündete Direktive zum 2. Fünfjahresplan hat die Wirtschaft der SBZ nicht lange dirigiert. Die durch die polnischen und ungarischen Ereignisse ausgelöste Krise im Ostblock hat schließlich dazu geführt, daß das ganze Plangebäude wieder eingerissen werden mußte. Heute, wo fast zwei Jahre der 2. Fünfjahresplanperiode abgelaufen sind, wird erneut über die Grundlagen des 2. Fünfjahresplanes beraten (!). Die bisher bekannt gewordenen Revisionen bedeuten keine Bevorzugungen des Verbrauchers, sondern dienen der Grund- und Produktionsgüterindustrie. Sollte in der ersten Planfassung der jährliche Zuwachs der Industrieproduktion im Durchschnitt aller Jahre noch 9 vH betragen, so hat man ihn jetzt schon auf 6 vH reduziert, und ob der zu schaffen ist, weiß selbst Ulbricht nicht. Er hat diesen geplanten Zuwachs bereits als zu niedrig im Vergleich mit der westdeutschen Entwicklung bezeichnet.

Die Aufhebung der Lebensmittelrationierung kommt dieses Jahr nicht mehr, möglicherweise

im nächsten Jahr, aber dann mit erheblichen Preissteigerungen verbunden. Es war also nichts oder nicht viel mit der geplanten Erhöhung der landwirtschaftlichen und industriellen Konsumgütererzeugung der SBZ, und der Außenhandel hat die Aufgabe, Reservelager zu bilden, offensichtlich nicht erfüllen können. Er wird nach Ulbrichts Angaben in diesem Jahr mit einem Defizit abschließen, weil die Exportbetriebe ihre Verpflichtungen sehr unzureichend erfüllt haben, obwohl die Wirtschaft der SBZ dringend einen Überschuß brauchte. Die Braunkohlenförderung und die Energieerzeugung — in der SBZ wie die siamesischen Zwillinge miteinander verbunden — haben auch nicht dem Plansoll entsprochen. Außerdem nimmt die Zahl der Verlustbetriebe der volkseigenen Wirtschaft ständig zu statt ab und belastet damit den Staatshaushalt.

Man überlege nur einmal, was es heißt, wenn 25 vH aller staatlichen Wirtschaftsbetriebe mit Verlust arbeiten. In jeder ökonomisch reagierenden Wirtschaft würden die hierfür Verantwortlichen infolge des finanziellen Verlustes aus dem Wirtschaftsprozeß ausgeschaltet oder veranlaßt werden, auf eine Änderung dieser Situation mit allen Kräften hinzuwirken. Die Funktionäre der mitteldeutschen Staatswirtschaft spüren solchen ökonomischen Antrieb nicht. Sie tragen ja auch nicht das finanzielle Risiko für Fehlleistungen. Das Risiko wird über die Verbrauchsteuern — oder in der Sowjetunion z. B. über die Anfang April dieses Jahres bekanntgegebene sehr langfristige Aussetzung der Tilgung der Staatsanleihen — auf den „Mann auf der Straße“ abgewälzt, der in diesem politischen System keine Möglichkeit hat, etwas gegen solche Staatswillkür zu unternehmen.

Nun wird also wieder einmal umorganisiert. Der Wirtschaftsrat wird aufgelöst. Die Industrieministerien haben ihre Hauptverwaltungen an den Sitz von Schwerpunktbetrieben zu verlegen und der Rest des jeweiligen Ministeriums wird in die Staatliche Plankommission eingebaut, die damit zu einem zentralistischen Planungswasserkopf wird. Bei allen Bezirken werden Wirtschaftsräte nach dem Vorbild der sowjetischen Sownarchosen gebildet. Man spricht auch jetzt wieder von der Festigung des „demokratischen Zentralismus“ und der Notwendigkeit, die unteren und mittleren Planwirtschaftsinstanzen mit neuen Vollmachten zu betrauen. Von den Arbeiterkomitees wird in Zukunft nicht mehr die Rede sein. Sie haben angeblich versagt, obwohl sie nie richtig bestanden haben. Diesen Propagandaballon der „Tauwetterperiode“ hat man nun endgültig platzen lassen. Die Einzelheiten des neuen Verwaltungsaufbaus können hier unmöglich aufgeführt werden. Dem Verbraucher in der SBZ wird es gleichgültig sein, daß die Industrieminister nun Abteilungsleiter unter *Leuschner* werden. Auch von der Anordnung, daß in den Bezirken, Krei-

sen und bedeutenden Städten wieder Bauämter errichtet werden sollen, wird er wenig profitieren, weil der Wohnungsbau deswegen nicht forciert werden dürfte. Ob das staatliche Planungsziel, im Jahre 1960 bereits die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche der SBZ durch Produktionsgenossenschaften bewirtschaften zu lassen (bisher rund 25 vH), da in der Landwirtschaft nur die Großproduktion wirtschaftlich sei, zu einer finanziellen und materiellen Verbesserung der Erzeugung führt, wird der Verbraucher nach den bisherigen Erfahrungen mit dieser Wirtschaftsart ebenfalls sehr skeptisch beurteilen müssen. Auch die „väterlichen“ Ratschläge an die Privatindustrie, doch nicht die Zeichen der Zeit zu mißachten und freudig die „Vergünstigung“ staatlicher Kapitalbeteiligung stärker als bisher in Anspruch zu nehmen, sowie die Parteibeschlüsse über die Zukunft des gewerblichen Mittelstandes dienen nicht der Leistungssteigerung und deshalb auch nicht der Beruhigung des Verbrauchers.

Über all diesen Erwägungen steht aber das erschütternde Geständnis von Ulbricht: „Obwohl die Anwendung moderner technologischer Verfahren der eigentliche Schlüssel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität ist und auf dieser Linie auch größere Anstrengungen unter-

nommen werden müssen (kein Wort mehr von dem bereits erreichten Weltniveau! d. Verf.), reicht gegenwärtig das Niveau der Arbeitsproduktivität noch nicht aus, um Mittel in einer solchen Höhe zu akkumulieren, daß gleichzeitig die Industrie in großem Umfang neu ausgerüstet und die Lebenslage der Werktätigen weiter verbessert werden kann.“

Natürlich werden die vorhandenen Mittel der Industrie zugeführt und nicht zur Besserung der Lebenslage der Bevölkerung verwendet. So will es das sowjetische Grundgesetz, nach dem die Verbraucher aller Generationen — mit Ausnahme der privilegierten Schicht — ständig Opfer zu bringen haben für einen Wohlstand aller in einer imaginären Zukunft. Sie schufteten für eine Fata Morgana, und die neuesten Organisationsänderungen sollen bei ihnen wieder einmal den Eindruck erwecken, daß nun endlich das Ei des Kolumbus gefunden wurde und endlich auch für sie selber sich alles zum Guten wende. Doch auch diese Änderungen im Staats- und Wirtschaftsapparat werden nicht die letzten gewesen sein. Sie sind einer der periodisch sichtbar werdenden Beweise für die Gegensätzlichkeit sowjetwirtschaftlicher Theorie und Praxis.

Walter Meier